

Empfehlungen Sozialhilfe

UNSERE STIMMEN

„Unsere Stimmen“ ist als Partizipationsprojekt von NCBI Schweiz ein Zusammenschluss von rund 35 Geflüchteten. Diese haben im Jahr 2019 vier für sie wichtige Themen ausgewählt, sich dazu weitergebildet, sich mit Fachpersonen getroffen und Empfehlungen dazu erarbeitet. Damit bringen sie ihre Stimme in die Diskussion ein, um die Integration zu fördern. Diese Empfehlungen werden weiterentwickelt und im Rahmen von verschiedenen Anlässen sowie an selbst organisierten Hearings an die Öffentlichkeit und zu Entscheidungstragenden gebracht.

Die teilnehmenden Geflüchteten wohnen hauptsächlich im Kanton Zürich und stammen aus den drei aktuell wichtigsten Fluchtländern für die Schweiz: Syrien, Eritrea und Afghanistan. Die vier ausgewählten Themen sind Schule/Bildung, Arbeitsintegration, Sozialhilfe und abgewiesene Asylsuchende. 2020 startet ein zusätzliches Projekt für junge Geflüchtete unter dem Namen „Junge Stimmen“, das in verschiedenen Kantonen durchgeführt wird.

Weitere Informationen sind zu finden unter: www.ncbi.ch/unsere-stimmen

Vorschläge für Verbesserungen der Empfehlungen sowie Fragen können an office@ncbi.ch geschickt werden.

Sozialhilfe

Viele Geflüchtete sind Sozialhilfempfänger*innen. Seit der kantonalen Abstimmung in Zürich zur Änderung des Sozialhilfegesetzes im September 2017 sind vorläufig aufgenommene Ausländer (Ausweis F-Humanitär) besonders von den Kürzungen des Grundgehaltes betroffen. Dadurch ergeben sich nicht nur finanzielle, sondern auch persönliche bis gesundheitliche Probleme. Doch auch bei anderen Geflüchteten (mit Status B, C oder N) kommt es immer wieder zu Missverständnissen und Konflikte mit den Sozialberatenden. Sozialhilfe bedeutet nicht nur wirtschaftliche, sondern auch persönliche Unterstützung. Diese Empfehlungen, sollen dabei helfen, den Umgang und das Verständnis der Situation besser zu verstehen.

Übersicht Empfehlungen Sozialhilfe

Alle Empfehlungen betreffen die Kantonalen Sozialämtern sowie weitere Stellen, wie jeweils erwähnt.

Beratung

- 1 (Angehende) Sozialberater*innen sollen mehr Informationen über Geflüchtete und Geflüchtete sollen mehr Informationen über Sozialhilfe erhalten (Zuständigkeit: Gemeinde und Hochschule)
- 2 Sozialhilfe beinhaltet nicht nur wirtschaftliche, sondern auch persönliche Hilfe, jedoch haben Sozialberatende zu wenig Zeit dafür: es sollen andere Unterstützungsmöglichkeiten gewährleistet werden (Gemeinde)
- 3 Das Brückenbauer*innen-Angebot soll in den Gemeinden bekannter werden, um mehr miteinander zusammenarbeiten zu können (Gemeinde, NCBI Schweiz)

Ausbildung

- 4 Besserer Zugang zur Bildung: Deutschkurse, Schule und Ausbildung (Gemeinde und Kanton)

Gesundheit

- 5 Es soll gewährt werden, dass zahnärztliche Behandlungen und gesundheitsbedingte Medikamente von der Sozialhilfe bezahlt werden (Gemeinde)

Status F-Humanitär

- 6 Es braucht Minimalstandards bei der Abdeckung vom Grundbedarf für Menschen mit F-Humanitär, inkl. mehr Unterstützung und Integrationszulagen (Gemeinde und Kanton)

1 (Angehende) Sozialberater*innen sollen mehr Informationen über Geflüchtete und Geflüchtete sollen mehr Informationen über Sozialhilfe erhalten (Gemeinde und Hochschule)

Manche Sozialberater*innen beim Sozialamt oder anderen Stellen haben zu wenig Informationen über Themen der Geflüchteten wie Aufenthaltsstatus, Deutschkurse, Arbeitsintegration etc., was zu Misstrauen oder Konflikten führen kann. Weiterbildungen oder andere Unterstützung zu bestimmten Themen könnten helfen. Zudem soll im Studium Soziale Arbeit mehr Wert und Gewicht auf das Thema Sozialhilfe gelegt werden.

Geflüchtete brauchen korrekte Informationen über die Sozialhilfe. Es gibt Fehlinformationen über Rückzahlungen von Sozialhilfe, Rechte und Pflichten.

2 Sozialhilfe beinhaltet nicht nur wirtschaftliche, sondern auch persönliche Hilfe, jedoch haben Sozialberatende zu wenig Zeit dafür, es sollen andere Unterstützungsmöglichkeiten gewährleistet werden (Gemeinde)

Sozialhilfe beinhaltet nicht nur wirtschaftliche, sondern auch persönliche Hilfe, jedoch haben Sozialberatende zu wenig Zeit dafür. Oft kommt die persönliche Unterstützung beispielsweise bei der Wohnungssuche oder der Integration zu kurz, obwohl sie im Gesetz verankert ist. Wenn Beratenden die Zeit dafür fehlt, dann könnten andere Unterstützungsmöglichkeiten eingesetzt

werden, um die Integration zu unterstützen. Auch das Bezahlen der ÖV-Tickets für den Besuch von kostenlosen Deutschkursen, wenn andere Kurse (noch) nicht möglich sind, wäre sehr wichtig.

3 Das Brückenbauer_innen-Angebot soll in den Gemeinden bekannter werden, um mehr miteinander zusammenarbeiten zu können (Gemeinde, NCBI Schweiz)

Brückenbauer_innen können eine wichtige Unterstützung bei der Begleitung von Klientel bieten, Missverständnisse aufklären und beratend wirken.

Ausbildung

4 Besserer Zugang zur Bildung: Deutschkurse, Schule und Ausbildung (Gemeinde und Kanton)

Der Zugang zu Deutschkursen variiert je nach Gemeinde: Manche unterstützen nur A2 oder B1, andere B2. Alle sollen B2 für Motivierte ermöglichen, um die Integration zu fördern.

Ab dem 1. Mai 2019 soll die neue Integrationsagenda allen neu aufgenommenen Geflüchteten den Besuch von fünf (statt wie bisher her drei) Basiskurse ermöglichen, welche vom Bund finanziert sind. Es macht aber keinen Sinn, dies nicht für früher Aufgenommene zu ermöglichen.

Die Sozialhilfe soll Ausbildungen (Lehre, Studium) fördern und finanziell unterstützen, um Unabhängigkeit zu fördern, anstatt schnell eine ungelernte Arbeitsstelle zu suchen, die keinen Ausweg aus der Sozialhilfe ermöglicht.

Wer die obligatorische Schulzeit (bis 16 Jahre) verpasst hat, braucht trotzdem Schule oder Ausbildung. Sozialberatende sollen den Zugang für alle Lernfähige fördern und vermitteln, auch als Ausnahme zu üblichen Altersgrenzen. In die reguläre Schulzeit eingebunden werden, mit Mitlernenden zu sprechen und zur Schule gehen zu können, fördert die Integration. Alle Geflüchtete – auch diejenigen mit F Humanitär – brauchen eine Ausbildung. Es sollen dazu verbindliche Mindeststandards geben.

Gesundheit

5 Es soll gewährt werden, dass zahnärztliche Behandlungen und gesundheitsbedingte Medikamente von der Sozialhilfe bezahlt werden (Gemeinde)

Besuche beim Zahnarzt oder bei der Zahnärztin belasten finanziell und sind in der Regel nicht versichert. Trotzdem kann es nicht sein, dass Zähne gezogen, statt geflickt werden, nur um die Kosten tief zu halten. Das Wohl der Person muss in Betracht gezogen werden.

Die Krankenversicherung bezahlt manche wichtigen Medikamente nicht. Für Geflüchtete mit F-Ausweis, denen die Asylfürsorge schon gekürzt wurde, ist es umso schwieriger Medikamente selber zu bezahlen. Die Sozialhilfe soll den gesetzlichen Spielraum ausnutzen, um für mehr Unterstützung zu sorgen.

Status F-Humanitär

6 Es braucht Minimalstandards bei der Abdeckung vom Grundbedarf für Menschen mit F-Humanitär, inkl. mehr Unterstützung und Integrationszulagen (Gemeinde und Kanton)

Die Kürzung des Grundbedarfs für Menschen mit F Humanitär im Kanton Zürich wurde nicht mit Minimalstandards geregelt. Je nach Gemeinde variieren die Unterstützung und Zulagen. Spezielle Unterstützung für Ausgaben wie ÖV, Gesundheit, Schule oder Ausbildung könnte sicherstellen, dass der Grundbedarf abgedeckt wird.

Auch mit einem F-Ausweis (F-Ausländer bzw. F-humanitär) sind die Chancen auf Verbleib sehr hoch, trotzdem sind der Zugang zu Integrationsmassnahmen (Deutschunterricht, Arbeitsintegration etc.) und die Stellensuche erschwert. Die Fehlinformationen über die Rechte und Möglichkeiten der Menschen mit F-Ausweis sollen korrigiert werden.